

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Band: - (1997)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Vorwort: Präsidialadresse : 1997 - Vertrauen in den Standort Kanton Bern

Autor: Zölch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Präsidialadresse 1997 – Vertrauen in den Standort Kanton Bern

Zahlreiche Bernerinnen und Berner haben begonnen, sich auf die Stärken unseres Kantons zu besinnen, Stärken, die der Kanton zweifellos hat: Bern als Brückenkanton zwischen der deutschsprachigen und französischsprachigen Schweiz, Bern als Kanton mit einer zentralen Lage, einer hervorragenden Lebensqualität, mit einer intakten, abwechslungsreichen Landschaft, einem sehr guten Bildungsangebot, zeitgemässen Verkehrsinfrastrukturen und günstigen steuerlichen Bedingungen für Unternehmen. Regierung und Verwaltung haben in zahlreichen Bereichen das Heft in die Hand genommen und im politischen Dialog mit den Betroffenen Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons als Lebens- und Wirtschaftsraum geschaffen.

- Bessere Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Bern: Das neue Wirtschaftsförderungsgesetz wird künftig einen gezielten Einsatz der Mittel ermöglichen. Mit den «Sechs Offensiven für Bern» reichen Regierung und Verwaltung der Wirtschaft die Hand: Die Offensiven 1 bis 3 sollen das Verständnis der Verwaltung für Wirtschaftsfragen fördern und die «Wirtschaftsverträglichkeit» staatlicher Massnahmen sicherstellen. Die Offensiven 4 bis 6 unterstützen die Basisinfrastruktur (Energie, Bildung, Telekommunikation) als wichtige Faktoren für den Wirtschaftsstandort. Mit der Schaffung der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) soll der rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden. Denn zur Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes gehört es auch, das Wissen und Können arbeitslos gewordener Leute zu erhalten und zu vermehren, um diese möglichst rasch wieder in den wirtschaftlichen Prozess zu integrieren.
- Mit der neuen Hochschulgesetzgebung, der Verselbständigung der Universität und der Schaffung von Fachhochschulen hat sich der Kanton Bern im angelaufenen Strukturwandel im Bereich Hochschulbildung rechtzeitig eine gute Ausgangslage geschaffen.
- Der gesamte Bereich der Urproduktion steht auf einem neuen Fundament. Die neue kantonale Landwirtschaftsgesetzgebung trägt dazu bei, dass die bernische Landwirtschaft auch in einem liberalisierten Markt bestehen kann und dennoch in der Bevölkerung grosse Akzeptanz genießt. Mit der Restrukturierung der LBBZ wurde auch das bäuerliche Bildungswesen modernisiert. Die neue Waldgesetzgebung und die Reorganisation der Forstdienste erlauben es, unseren Auftrag, den Wald langfristig zu erhalten, mit zeitgemässen Methoden und Instrumenten sowie mit einer flexiblen Organisation anzugehen.
- Als erster Kanton in der Schweiz hat Bern die vollständige Überprüfung der Arbeitsteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei der Aufgabenerfüllung in Angriff genommen. Die aus dem Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden gewonnenen Erkennt-

nisse und die daraus folgenden Massnahmen werden zu einer Aufgabenteilung führen. Mit dem neuen Gemeindegesetz werden die Gemeinden zudem ihrerseits in die Lage versetzt, flexiblere Lösungen für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu finden.

- Auch in eigener Sache ist der Kanton in den letzten Jahren nicht untätig geblieben: Kaum war die neue Aufbauorganisation mit nur noch sieben Direktionen umgesetzt, wurde mit dem Projekt NEF 2000 begonnen, um die Möglichkeiten neuer Formen der Verwaltungsführung und der parlamentarischen Steuerung auszuloten. Bezüglich der Entwicklung moderner Verwaltungsmethoden kann deshalb der Kanton Bern gesamt-schweizerisch an vorderster Front mitreden.

Als der Regierungsrat in die Legislatur 1994 bis 1998 startete, musste für diese Planperiode mit jährlichen Aufwandüberschüssen von bis zu 650 Mio. Franken gerechnet werden. Dank seiner Sanierungspolitik in Schritten ist es dem Regierungsrat gelungen, wesentliche Verbesserungen im Haushalt zu erzielen. Die Haushaltsanierung ist in realistische Nähe gerückt, aber noch nicht gelungen. In der künftigen Politik des Regierungsrates wird die Sanierung des Haushalts des Kantons Bern deshalb weiterhin eine erste Priorität geniessen. Denn solange die Haushaltsanierung nicht gelungen ist, fehlt es an der Voraussetzung, dass wieder Spielraum für eine aktive Wirtschaftspolitik, Grundlagen für einen entwicklungs- und erneuerungsfähigen Kanton und Chancen für die nächste Generation entstehen. Im Interesse einer tragbaren und längerfristig verbesserten Steuerbelastung sowie der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Kantons und seiner Wirtschaft muss die Haushaltsanierung konsequent fortgeführt werden.

Hinter all dem, was bereits getan wurde, und allem, was noch zu tun ist, stehen Menschen. Berns Zukunft hängt davon ab, ob es gelingt, die aufbauenden Kräfte in diesen Menschen zu mobilisieren und das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung des Kantons zu stärken. Wir müssen wieder ein bernisches Bewusstsein und eine bernische Solidarität herstellen – eine Solidarität zwischen Stadt und Land, zwischen deutscher und französischer Sprache, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Frauen und Männern. Denn nur zusammen sind wir stark und können uns den Herausforderungen stellen, welche die zunehmende Globalisierung mit sich bringt. Der Kanton Bern hat ein grosses kreatives Potential. Nutzen wir es, um einen funktionierenden Werkplatz Bern zu gestalten!

Bern, im März 1998

Die Regierungspräsidentin: Zölch

